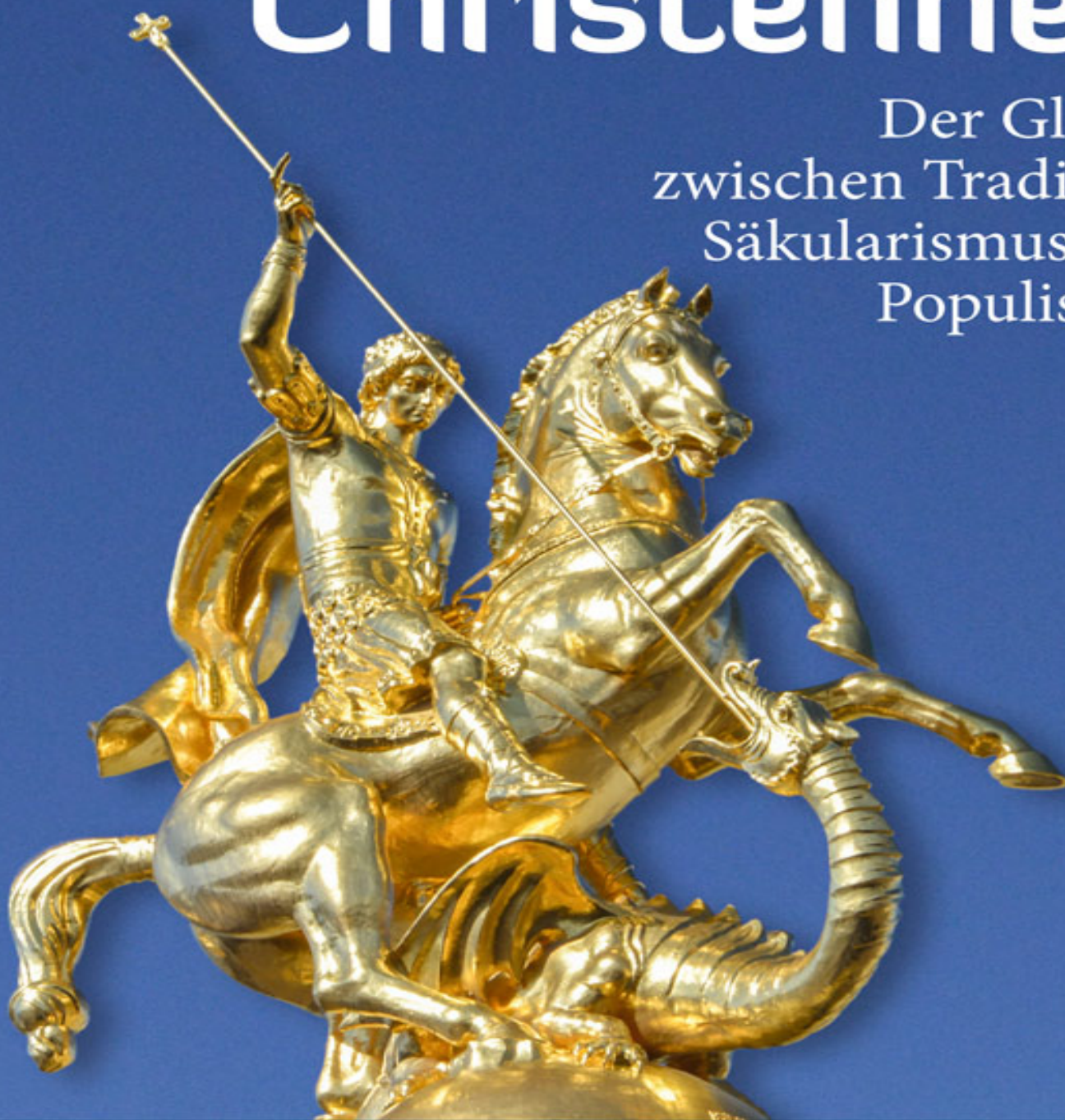


Felix Dirsch, Volker Münz, Thomas Wawerka (Hg.)

Nation, Europa, Christenheit

Der Glaube
zwischen Tradition,
Säkularismus und
Populismus



ARES VERLAG

Felix Dirsch, Volker Münz, Thomas Wawerka (Hg.)

Nation, Europa, Christenheit

Der Glaube zwischen Tradition,
Säkularismus und Populismus

ARES VERLAG

Umschlaggestaltung/Umschlagabb. Vorderseite: Mag. G. Schneeweiß-Arnoldstein

Wir haben uns bemüht, bei den hier verwendeten Bildern die Rechteinhaber ausfindig zu machen. Falls es dessen ungeachtet Bildrechte geben sollte, die wir nicht recherchieren konnten, bitten wir um Nachricht an den Verlag. Berechtigte Ansprüche werden im Rahmen der üblichen Vereinbarungen abgegolten.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <https://www.dnb.de> abrufbar.

Auf Wunsch senden wir Ihnen gerne kostenlos unser Verlagsverzeichnis zu:

Ares Verlag GmbH
Hofgasse 5 / Postfach 438
A-8011 Graz
Tel.: +43 (0)316/82 16 36
Fax: +43 (0)316/83 56 12
E-Mail: ares-verlag@ares-verlag.com
www.ares-verlag.com

ISBN 978-3-99081-020-0
eISBN 978-3-99081-038-5

Alle Rechte der Verbreitung, auch durch Film, Funk und Fernsehen, fotomechanische Wiedergabe, Tonträger jeder Art, auszugsweisen Nachdruck oder Einspeicherung und Rückgewinnung in Datenverarbeitungsanlagen aller Art, sind vorbehalten.

© Copyright by Ares Verlag, Graz 2019

Layout: Ecotext-Verlag Mag. G. Schneeweiß-Arnoldstein, 1010 Wien

Inhalt

Einleitung

Ein kurzer Blick auf die Bedeutung des Christentums in aktuellen politischen Debatten

Von Felix Dirsch / Volker Münz / Thomas Wawerka

Biblisch-theologische Grundlegung I: Nächstenliebe und Barmherzigkeit

Von Thomas Wawerka

Biblisch-theologische Grundlegung II: Volk und Nation

Von Godehard Michaelis

Der Glaube und die politische Gesäßgeografie Linkes und rechtes Christentum im Widerspruch einer globalisierungsaffinen und einer heimatnahen Variante. Ein Gang durch die Geschichte

Von Felix Dirsch

Geisterstunde über Deutschland Eugen Rosenstock-Huessys Analyse aus dem Jahr 1919

Von Lothar Mack

Das christliche Europa - Kontinent der Säkularisierung

Von Daniel Zöllner

Das Kreuz ist die Grenze Auf dem Weg von Athen nach Jerusalem

Von André Thiele

Katholischer Traditionalismus in Europa: ein Überblick

Von Marc Stegherr

Chrislam Wie der christlich-islamische Dialog zur Islamisierung unserer Gesellschaft führt

Von Jaklin Chatschadorian

Zwischen Globalismus und Extremismus: Populismus als Lösung?

Von Volker Münz

Vernunftgemäßes Ordnungsdenken und aktuelle Gefahren seiner Deformierung

Von Daniel Führung

Die Hoffnungslosigkeit einer Stadt des Menschen ohne Gott. Mahnwort an die Christen Deutschlands

Von Athanasius Schneider

Die Autoren

Einleitung

Ein kurzer Blick auf die Bedeutung des Christentums in aktuellen politischen Debatten

Von Felix Dirsch / Volker Münz / Thomas Wawerka

1.

Das europäische Parteigefüge, das sich in den freiheitlichen Staaten der Nachkriegszeit herausgebildet hatte, erwies sich über Dekaden hinweg als stabil. Es bestand weithin aus Christdemokraten und Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen.

Vom großen gesellschaftlichen Umbruch der 1960er-Jahre, als die erste Nachkriegsgeneration in Europa mit Aplomb auf sich aufmerksam machte, blieb auch das politische System nicht unberührt. Dass Hunger und Elend längst verschwunden waren, führte zu einem starken Wandel anvisierter Zielsetzungen in Staat und Gesellschaft. Überall feierten Kräfte mit postindustriell-postdemokratischen Ansichten Erfolge auf politischen Feldern, die lange Zeit als Nischen galten. Die beiden ursprünglich stark konservativen Themenfelder Ökologie und Umwelt wurden zusammen mit anderen Bereichen (wie der Frauen- und der Friedensthematik) überwiegend von Personen der politischen Linken besetzt. Gerade in Deutschland überschritten die „Grünen“ über einen längeren Zeitraum hinweg die Zehnprozentmarge bei Wahlen nur selten. Diese Situation hatte sich bis zum Zerbrechen der rot-grünen Koalition unter Bundeskanzler Gerhard Schröder im Jahre 2005 nur wenig verändert, doch haben sich dann andere Parteien wie die CDU unter

dem Vorsitz von Angela Merkel dem einstigen Konkurrenten mehr oder weniger angepasst. Koalitionen von CDU und „Bündnis 90/ Die Grünen“ dürfen als eine Folge dieses Trends gelten. Letztere bewegen sich seit Kurzem in schwindelerregenden demoskopischen Höhen. Der entscheidende Grund dürfte der mediale „Klima-Hype“ sein, der verschiedene Untergangsszenarien am Horizont aufscheinen lässt und zumeist verschweigt, dass die These vom primär menschengemachten Klimawandel in Forschung und Publizistik stark umstritten ist.¹

Doch die politische Linke umfasst nicht nur die (in den letzten Jahren deutlich geschwächte) SPD und die Grünen. Vielmehr erstarkte die radikale Linke als PDS nach der Wiedervereinigung Deutschlands vor allem im Osten, konnte aber nach dem Zusammengehen mit der SPD-Abspaltung WASG (Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit e. V.) auch im Westen ein größeres Stimmenreservoir erschließen. Die Partei Die Linke, wie sie sich heute nennt, schrieb sich vornehmlich die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit aufs Panier. Eine solche Ausdifferenzierung des Parteiensystems auf der Linken ist als Institutionalisierung jener „Linksverschiebung“ des politischen Spektrums zu deuten, die der Philosoph Jürgen Habermas in ihren Ansätzen schon in den 1980er-Jahren (als Folge der Umbrüche von „1968“) konstatierte.

Diese Entwicklungen, wie sie hier nur in groben Strichen skizziert werden können, brachten mit sich, dass der in den verfassungsrechtlichen Lehrbüchern großgeschriebene Pluralismus in starkem Maße zu einem höchstens eingeschränkten mutierte. Er war praktisch nur auf der politischen Linken zu erkennen. Ein wesentlicher Grund für eine diesbezügliche Änderung bestand in der Neuausrichtung der CDU. Diese Umpositionierung geschah nicht zuerst aus einer politischen Laune heraus, sondern

folgte der Logik eines umfassenden Wertewandels, der mit den Stichworten Individualisierung, Hedonismus, Konsumismus und Säkularisierung oberflächlich zu umschreiben ist. Kritiker fanden kein Gehör.² Bereits seit den frühen 1960er-Jahren legen Demoskopien entsprechende Befunde vor. Ein solches „Vakuum in der Epoche des unvollendeten Nihilismus“ brachte für Teile der Bevölkerung ein tendenziell geschichtsloses, von Fernsehen und Computerspielen, mithin permissivem Hedonismus im Allgemeinen bestimmtes Alltagsleben³, wie ein aufmerksamer Beobachter des Zeitgeschehens schon vor rund zwei Jahrzehnten diagnostizierte.

Diese grundlegende Richtung hat sich seither kaum geändert, es kam höchstens zu Akzentverschiebungen. Die starken Veränderungen in der Alltagswelt forderten Reaktionen auch in der Politik. Bereits unter führenden Politikern wie Heiner Geißler und Rita Süßmuth beabsichtigte in den 1980er- und 1990er-Jahren ein nicht unbedeutender Teil der CDU-Mitglieder, die Linkswende nachzuvollziehen, vor allem durch einen programmatischen und politisch-praktischen Wandel, den die Medien größtenteils goutierten. Um das Jahr 2000 konkretisierte ihn die neue Vorsitzende Angela Merkel. Machtstrategisch war eine solche Neupositionierung durchaus sinnvoll. Die Union könne – so eine verbreitete Perspektive – auf der Linken mehr gewinnen als auf der – anscheinend immer bedeutungsloser werdenden – Rechten verlieren. Felder, auf denen der Linksruck deutliche Ausmaße annahm, waren unter anderem die Familienpolitik und, lange vor den Entscheidungen von 2015/16, die Ausländerpolitik. Nach der Jahrhundertwende spielten die Themen Gender-Mainstreaming und Bundeswehr-Umbau eine größere Rolle.

Konservative innerhalb der CDU fanden sich immer stärker in einer marginalisierten Rolle oder wurden – wie der hessische Abgeordnete Martin Hohmann – sogar aus Partei und Fraktion gedrängt. Der damit verbundene schleichende Identitäts- und Profilverlust dauert bis heute an und erinnert an das Schicksal der italienischen Democrazia Cristiana. Zeitweise sah es so aus, als würde die Österreichische Volkspartei (ÖVP) den gleichen Weg gehen. Dem Wertewandel und der linken Meinungshegemonie in den Medien ist es zu verdanken, dass sich schon um die Jahrtausendwende immer klarer abzeichnete, was in Umrissen aber schon seit den 1980er-Jahren kaum zu übersehen war: National- und Christkonservative haben ihre Heimat in der CDU verloren. Sie bildeten folglich ein wichtiges Reservoir für eine neue Partei rechts von der CDU, die sich jedoch als Ergebnis bestimmter Ereignisse erst in den 2010er-Jahren konstituieren konnte.

Hing man nicht den verschiedenen Schattierungen der (politisch wie medial) omnipräsenten politischen Linken an, konnte man die Situation im frühen 21. Jahrhundert – im Grunde genommen schon weit früher – nur als unbefriedigend empfinden. Der Umverteilungsstaat, der den Einzelnen entmündigt, und die Nichtwahrnehmung deutscher Interessen, die weithin pauschal als identisch mit den Zielen der EU erklärt wurden, zählten und zählen zu den charakteristischen Auswirkungen linker Dominanz. Die Interessen eines nicht kleinen Teils der Wählerschaft – Experten nannten Zahlen zumeist zwischen zehn und 20 Prozent – fielen praktisch unter den Tisch. Viele dieser Wahlberechtigten gaben ihre Stimme entweder gar nicht ab oder votierten (in eher seltenen Fällen) für rechtsextremistische Splittergruppen. In den 2000er-Jahren wurde häufig über die Abhilfe dieses für einen nicht

unbedeutenden Teil der Wählerschaft kaum akzeptablen Zustands nachgedacht. Man war sich im Klaren darüber, dass eine Ausweitung des Spektrums abseits der ausgetretenen Linkspfade, also nach rechts, auf den erbitterten Widerstand des eng verzahnten politisch-medialen Komplexes stoßen würde. Das Establishment und seine Helfer verfügen nämlich neben anderen Druckmitteln auch über die „Faschismuskeule“, die gegen unliebsame Meinungen Andersdenkender jederzeit zur Einschüchterung eingesetzt werden kann.⁴

Es lohnt sich, Diagnosen der geistig-kulturellen Situation zu lesen, die in der Millenniumsperiode erschienen sind. Schon damals finden sich Forderungen, die heute, unter veränderten politischen Bedingungen, immer noch (oder wieder neu) Gegenstand heftiger Kontroversen sind. Die existenzielle Dimension ist dabei mittlerweile etwas stärker ins Bewusstsein weiterer Bevölkerungskreise gedrungen. Der Philosoph Günter Rohrmoser postulierte damals eine „radikale Mitte“, die seiner Ansicht nach drei in die Zukunft weisende Aufgaben zu erfüllen habe:⁵ die geistige Rekonstruktion der Nation, die Auseinandersetzung mit dem Projekt der Moderne und eine der Geschichtslage der eigenen Nation angemessene Interpretation des Christentums, das man als „rechtes“ oder „patriotisches“ bezeichnen kann. Die Ignorierung dieser schicksalhaften Themen hängt nicht zuletzt mit dem Vakuum zusammen, das aus den Spätfolgen der Kulturrevolution, aber auch aus dem spezifischen Verlauf der deutschen Geschichte und deren Instrumentalisierung resultiert. Rohrmosers Forderungen, die dieses Vakuum füllen wollen, sind letztlich – wenngleich späte – Antworten auf „1968“.

Die 1968er-Folgen liegen nach wie vor wie Mehltau über unserem Land – und das schon seit rund fünf Jahrzehnten. Jedoch gibt es mittlerweile politische Kräfte, die zumindest

die Finger in die Wunden legen. Heilung ist damit allerdings noch nicht zu erreichen. Immerhin sind heute keine flächendeckenden Strategien des Totschweigens mehr möglich. Die soziale Polarisierung hat deutlich zugenommen. Ein Grund liegt nicht nur in der spätestens seit 2017 auch auf Bundesebene veränderten Parteienlandschaft, sondern ebenso in der drastisch veränderten Medienwelt. Insbesondere die Entwicklung der sozialen Netzwerke ist an dieser Stelle anzuführen, die eine aktivere Beteiligung der Internetbenutzer ermöglicht.

Was war 2010 und in den Folgejahren geschehen? Die schon seit Längerem immer wieder geführte Debatte über die Legitimität einer konstitutionellen Rechten wurde weniger theoretisch als praktisch entschieden. Innerhalb weniger Jahre häuften sich Aversionen immer breiterer Schichten der Bevölkerung gegen die mächtigen politischen wie medialen Eliten und deren Entscheidungen. Die Anlässe sind offensichtlich: Die abrupte, bloßen Stimmungen folgende Energiewende nach „Fukushima“, deren immense Schädlichkeit in vielen Veröffentlichungen belegt ist⁶, die Rechtsbrüche im Rahmen der sogenannten Euro-Rettung⁷ und die faktische Außerkraftsetzung grundgesetzlicher wie europarechtlicher Regelungen im Kontext der Migrationskrise von 2015/16⁸, die längst noch nicht beendet ist, brachten einen weitreichenden Meinungsumschwung. Es entstand mit der Alternative für Deutschland (AfD) nicht nur eine erfolgreiche politische Kraft rechts von CDU und CSU, sie konnte sich in den letzten Jahren sogar konsolidieren. Wichtigstes Motiv bei der Gründung der neuen Partei 2013 war das verbreitete Unbehagen an dem Bruch der No-Bailout-Klauseln, die in den Europäischen Verträgen eine lockere Geldpolitik verhindern sollten. Die Gefahren, dass eine Neuorientierung der europäischen Geldpolitik vor allem auf

Kosten jener Staaten geht, die sich um solide Staatsfinanzen bemühen, waren und sind offenkundig. Wachstum sollte hauptsächlich über Verschuldung funktionieren, so propagierten es vor allem Teile der politischen Linken. Der AfD-Gründungsriege um den Volkswirtschaftsprofessor und zeitweiligen EU-Abgeordneten Bernd Lucke fehlte indessen das Gespür, Parteibasis und -programmatik thematisch zu erweitern. Als prinzipielle Liberale ignorierten diese Parteigründer soziale Themen größtenteils, auch erschien ihnen die Migrationsproblematik zu „rechts“. Folglich kam es in der erst kurzen Geschichte der „Alternative“ zu Neuausrichtungen, die kaum zu vermeiden waren, wollte die Partei nicht wieder in der Versenkung verschwinden. Richtig ist sicherlich, dass der liberale Flügel seit einigen Jahren an Bedeutung verliert. Manche Exponenten dieser Richtung haben die Partei, auch aufgrund des Drucks von außen, wieder verlassen. Ein Beispiel ist der Ökonom Jörn Kruse, der noch als fraktionsloses Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft angehört. *In toto* zustimmungsfähig ist auch die These, dass es zwischen der Grundausrichtung der AfD im Westen und der im Osten Nuancen an Unterschieden gebe, die jedoch auch nicht überbewertet werden dürfen.

Die Erfolge dieser neuen politischen Gruppierung sind bisher vor allem in den neuen Bundesländern beachtlich: Trotz heftiger Anfeindungen ist die neue Partei seit Herbst 2018 in allen Landesparlamenten vertreten.⁹ Mag man manches Auftreten von AfD-Politikern auch als unerfreulich empfinden, rein strukturell gesehen ist es ein Erfolg, dass das deutsche Parteiensystem nicht mehr hinkt. Dieses repräsentiert nun auch eine größtenteils demokratische Wählerschaft rechts von CDU und CSU. Es ist sicher nicht falsch, in den entsprechenden Neuformierungen eine

Ergänzung des Pluralismus zu sehen, der vorher nicht vollständig entwickelt war. Dieses Urteil ist auch dann richtig, wenn man manchen internen Konflikt bedauert, etwa die am Anfang unvermeidlichen Flügelkämpfe. Die teils ungenügend deutliche Abgrenzung von Extremisten und untragbare Formulierungen Einzelner machen es politischen Gegnern i. Ü. leicht, die AfD ins falsche Licht zu rücken.

2.

Nicht nur in Deutschland, sondern auch in den meisten anderen europäischen Ländern kam es in letzter Zeit zum vermehrten Widerstand gegen die Vorstellungen linker und liberaler Eliten. Ja, sogar auf globaler Ebene konstatiert man – meist in abwertender Absicht – „populistische“ Strömungen. Deren gemeinsamer Nenner dürfte in erster Linie darin bestehen, breiteren Schichten der Bevölkerung mehr politische Mitbestimmung zu ermöglichen oder dies zumindest zu fordern. Die häufig propagandistische Intention bei der Wortwahl „Populismus“ kann man schon daran ermessen, dass diese Bezeichnung vor rund einer Dekade noch fast ausschließlich politologische Fachdiskurse beherrschte¹⁰, während sie nun in aller Munde ist¹¹. Die Definition von „Populismus“ ist allerdings schwierig. Meist unterstellen Vertreter der politisch korrekten Mehrheitsmeinung ihren Opponenten, diese gingen von einem einheitlichen Volkswillen aus, den aber nur jene selbst zu bestimmen in der Lage seien. Diese Ansicht lässt sich aber kaum verifizieren. Keine relevante Kraft innerhalb des „populistischen“ Lagers vertritt solche homogenisierenden Vorstellungen. Weiter wird behauptet, Populisten verkürzten komplexe Problemlagen und gäben einfache Antworten. Wenn man andere Vorstellungen von der Wirklichkeit besitzt, bedeutet das freilich noch keine

Verkürzung. Die Verminderung des Zustromes von illegalen Migranten nach Italien zeigt, dass die Politik doch Regelungskompetenz auch in diesen Fragen besitzt, sie jedoch nutzen muss und nicht zerreden darf. Die Behauptung der deutschen Bundeskanzlerin, die eigenen Grenzen könnten gar nicht geschützt werden, darf daher als falsch und widerlegt gelten.

Beobachtet man die Debatten der letzten Jahre, so findet man immer wieder Belege für die Haltung, dass alle Gegner und Feinde des linken wie liberalen Establishments als Populisten gebrandmarkt werden sollen und tatsächlich auch werden. Unschwer ist freilich die Heterogenität der Kritisierten zu erkennen: Während der französische Rassemblement National für stärkere Eingriffe des Staates in die Wirtschaft plädiert, besitzt die AfD einen wirtschaftsliberalen Flügel um Jörg Meuthen, der sich unter anderem für eine kapitalgedeckte Rente einsetzt. Brexit-Befürworter wie Nigel Farage und Boris Johnson haben wenig gemeinsam mit der Administration Donald Trumps – außer dass sie stärker auf die eigene nationale Identität und Souveränität setzen, als das bei Vertretern der politischen Elite üblicherweise der Fall ist.

Da unter Populismus in Europa meist Rechte subsumiert werden – anders als in Südamerika, wo es stets starke linkspopulistische Strömungen gegeben hat und gibt –, existieren durchaus Felder, die verbindend wirken. Dazu zählen Ansichten zur Migrationsproblematik. Weil die ausufernde Einwanderung, die auch noch nach 2015/16 höher ist als vor dieser Zäsur, eine Belastung für alle europäischen Länder sowohl in rechts- wie sozialstaatlicher Hinsicht darstellt, sprechen sich sämtliche rechtskonservativen Kräfte in Europa für eine Einschränkung der Migration aus. Dieses Ziel ist in manchen Staaten wie Italien und Ungarn wichtiger Teil des

Regierungshandelns. Allein die hohen staatlichen Zahlungen, die durch ungehinderte Einwanderung notwendig werden, etwa unabdingbare Sozialbeihilfen für Neuankömmlinge und Kriminalitätsfolgekosten, rechtfertigen eine strengere Kontrolle an den Grenzen. Die vielfältigen Folgen der Bevölkerungsneustrukturierung sind heute allenfalls zu erahnen.

Einer der wesentlichen Gründe für die Entstehung des Phänomens des Populismus ist die Ausgrenzung eines nicht geringen Teils der Bevölkerung aus politischen Entscheidungsprozessen. Viele Menschen fühlen sich von keiner der etablierten Parteien, die sich ohnehin in Programmatik und politischem Stil stark angeglichen haben, vertreten und suchen nach für sie geeigneteren Repräsentanten. Naheliegenderweise hat man daher das Problem einer „Repräsentationslücke“ (Werner Patzelt) wahrgenommen und erörtert. An einem Beispiel sei dies erklärt: Wer eine Politik der offenen Grenzen wünschte, hatte bei der Bundestagswahl 2017 etliche Optionen; wer hingegen für eine restriktivere Migrationspolitik optieren wollte, dem blieb außerhalb Bayerns nur die AfD. Angela Merkel hat zuletzt im sogenannten „Grenzstreit“ im Sommer 2018 deutlich klargestellt, dass für sie in diesem Fall die europäische Solidarität über Recht und Gesetz steht. Die Gefahren einer Überforderung Deutschlands waren ihr nie eine Diskussion wert.

3.

In die großen Auseinandersetzungen unserer Zeit sind auch beide Kirchen involviert. Evident ist, wie sich gesellschaftliche Konfliktlinien im binnenkirchlichen Diskurs spiegeln. Auch hier gibt es – analog zu „Dunkeldeutschen“ und „Helldeutschen“ – „dunkle“ und „helle“ Christen. Erstere halten den Abendland-Begriff und

seine Inhalte für bleibend wichtig, vielleicht für wichtiger denn je angesichts der aktuellen Situation, weil politisch-soziale Ausrichtungen maßgeblich vom kulturellen Humusboden beeinflusst werden. Weiter gehen sie in der Regel davon aus, dass das Kreuz auch in der Öffentlichkeit – also auch außerhalb der Sakristei und kirchlichen Räumen – eine Rolle spielt und weiterhin spielen sollte. Dass das Kreuz spaltet, ist dabei kaum zu leugnen. Diese Scheidung der Geister kann man wahrlich nicht erst seit dem Erlass der Bayerischen Staatsregierung von 2018 über die zwingende Anbringung von Kreuzen in behördlichen Einrichtungen feststellen. Ministerpräsident Markus Söder hat sich dadurch auch den Zorn aller Vertreter des Liberalkatholizismus zugezogen, wozu im deutschsprachigen Raum weite Teile des höheren Klerus zählen.

Auch das „helle Christentum“ ist leicht zu umreißen. Man wird im Regelfall dazugerechnet, wenn man sich möglichst laut von jenen Kräften distanziert, die allenthalben als Rechtspopulisten gescholten werden. Die Attackierten sind üblicherweise Mitglieder (oder Menschen im Umfeld) von Alternative für Deutschland, „Pegida“ und Identitärer Bewegung, obwohl es sich dabei um unterschiedliche Gruppierungen mit verschiedenen Schwerpunktsetzungen handelt. Positiv gewendet setzt sich diese (hier idealtypisch zu charakterisierende) Richtung für offene Grenzen und weitere Masseneinwanderung ein. Selbst an der Spitze der katholischen Kirche nehmen manche eine säkulare Trias als zu verwirklichende Hauptaufgabe (statt des Einsatzes zugunsten des Seelenheils) wahr: Menschenrechte, Migration und Klimawandel. Dem globalistisch eingefärbten Humanitärethos gebührt folglich ein hoher Stellenwert, vielleicht sogar der prioritäre.

Freilich ist jenseits tagespolitischer Debatten etwas allgemeiner auf die Rolle der Kirchen in der Gegenwartsgesellschaft einzugehen. Das Neue Testament, auf das sich die Vertreter christlicher Gemeinschaften natürlich zuerst berufen, ist schon vor beinahe 2000 Jahre entstanden, die dazugehörigen Bücher der jüdischen Bibel sind sogar noch weitaus älter. Trotz dieses langen Zeitraumes offenbart die Heilige Schrift immer noch ein normatives Potenzial, das interpretationsbedürftig und hermeneutisch in die Gegenwart zu übersetzen ist. Selbst intellektuelle Vertreter der Linken haben dies in den letzten Jahren von Neuem unterstrichen.¹²

Charakteristisch für die geistig-kulturelle Entwicklung in den westlichen Industriestaaten ist ein unübersehbarer Rückgang des Glaubens. Die harten Fakten der Demoskopie hierzu sind aussagekräftig. Trotz dieser Tendenz ist das Bewusstsein in öffentlichen Debatten nicht vollständig erloschen, dass Freiheit ohne bestimmte Voraussetzungen nicht auskommt, sich also nicht völlig allein generieren kann, wie die meisten heutigen Liberalen annehmen. Ein diskursiver Reflex der Annahme von spezifisch kulturellen und kulturgeschichtlichen Abhängigkeiten der Freiheit ist in der fast inflationären Präsenz des sogenannten Böckenförde-Theorems in den politischen, juristischen, journalistischen und sonstigen Gegenwartskontroversen zu erkennen.¹³ So vielfältig diese Doktrin auch zu interpretieren ist: Sie handelt – in indirektem Rekurs auf Hegel und Carl Schmitt – vom Anteil des christlichen Glaubens an der Genealogie der Freiheit, die keineswegs als geschichtslos zu begreifen ist. Besonders Hegel und andere idealistische Denker arbeiteten die christliche Wahrheit als maßgebliche Präsupposition von Moderne und Freiheit heraus.¹⁴ Dieser Zusammenhang erklärt wenigstens teilweise, warum das

Modernisierungstheorem, das in den 1970er-Jahren die Diskussion dominierte, heute weithin als obsolet gilt. Danach muss der Glaube als Konsequenz der Moderne schrittweise verschwinden. Allerdings ist der religiöse Faktor zumindest in einem Punkt aufklärungsresistent: Kontingenzbewältigungspraxis erscheint ohne Bezug zur Religion – in welcher Art und Weise auch immer – unmöglich.¹⁵

Niemand kann bestreiten, dass sich religiös-ethische Grundsätze nicht eins zu eins in den Bereich der Politik übertragen lassen. Christus wirkt zwar bis heute im Nachhall seiner Worte und seines Tuns überaus politisch, sein primäres Streben lag jedoch in der Verkündigung des Reiches Gottes, war also stark eschatologisch ausgerichtet. Gerade die Scheidung von Kaiser und Gott ist als hochpolitischer Akt zu begreifen. Allerdings ist auch nicht zu bestreiten, dass in den entsprechenden politischen Implikationen (auch hinsichtlich der Genese der Demokratie) kein Schlüssel liegt, eine exakte Positionierung der Kirchen – um ein Beispiel anzuführen – in dem Disput zwischen linken und liberalen Eliten einerseits und ihren Gegnern andererseits vorzunehmen. Dazu ist auch die heutige Situation zu spezifisch. Sie unterscheidet sich von vielen Fragestellungen in der Kirchengeschichte zweifellos erheblich.

Trotzdem wird öfters versucht, aus bestimmten Prinzipien, die den Glauben ausmachen, Ableitungen bezüglich der politischen Verhältnisse in der Gegenwart vorzunehmen. Nur ist die Frage, welche Grundsätze das im konkreten Fall sind. Üblicherweise versuchen liberale und linke Theologen, die universalistische Ausrichtung des Christentums in die Mitte ihrer Deutung zu stellen. Man verweist gern auf das bekannte Gleichnis vom barmherzigen Samariter, auf den Taufbefehl, auf die

berühmte Stelle im Galaterbrief über das Einssein „in Christus“, aber auch auf das Pfingstwunder, über das die Apostelgeschichte berichtet. Die Nächstenliebe ist ein Grundprinzip jedes christlichen Handelns. Sie verbietet gewiss Fremdenfeindlichkeit; denn auch mit dem ausländischen Bruder oder der ausländischen Schwester kann und soll der Christ im Geiste Christi verbunden sein.

Aber muss eine solche Haltung dazu führen, die Masseneinwanderung zu befürworten, die im schlimmsten Fall seelsorgliche Aktivitäten erschweren oder sogar unmöglich machen könnte? Das Gebot der Nächstenliebe macht eine solche Entscheidung nicht überflüssig. Gleiches gilt für die umfassende Ausrichtung. Der christliche Glaube stellt nämlich nicht nur eine ethische Handlungsanweisung dar, wie die Nächstenliebe sie im Gewissen bindend vorgibt; vielmehr verpflichtet er auch zur Annahme bestimmter Glaubensinhalte, die in der praktischen Seelsorge verkündet werden. Werden die Bedingungen für eine solche Verkündigung langfristig erschwert, was durch billigende Inkaufnahme einer übermäßigen Einwanderung aus kulturfremden Gegenden wohl der Fall sein dürfte, muss einer derartigen Migration auch aus christlichen Gründen ein Riegel vorgeschoben werden. Diese Dimension des Glaubens ist evident. Nicht zu vergessen ist darüber hinaus die Verbundenheit des Herrn mit seinem jüdischen Volk. Sein Vater sandte ihn zu den „verlorenen Schafen des Hauses Israel“. Auch hier zeigt sich ein schwer entwirrbares Spannungsverhältnis. Die universalistische Kehre wurde wohl nicht von der Jerusalemer Urgemeinde in die Wege geleitet, wie der Ausgang des Apostelkonzils und der Streit um die Notwendigkeit der Beschneidung von Neuchristen in der frühen Kirche belegen; vielmehr stellte erst der Apostel Paulus mit seinem Wirken in der griechischen Kulturwelt entsprechende Weichen.

Bis heute ist umstritten, welches aus der Antike überlieferte Theorem den Kern des Christentums ausmacht. Manche führen das christliche Menschenbild, also primär die Gotteskindschaft, ins Feld. Durchaus plausibel erscheint noch eine andere Quintessenz im Hinblick auf die Anthropologie: die Beeinträchtigung menschlichen Handelns durch die Erbsünde.¹⁶ Das „peccatum“ ruft die Leidenschaften beim Menschen hervor, die Disponiertheit zur Schuld bei jeder einzelnen Handlung bis hin zur Zerstörung der eigenen Person oder anderer Personen. Hier wird das Wesen des Menschen berührt. Von Paulus über Augustinus und Luther bis zu konservativen Protestanten, etwa dem Philosophen Günter Rohrmoser, betrachtete man von einer solchen pessimistischen Sichtweise her auch das Zusammenleben im Staat. Diese Perspektive impliziert eine andere Positionierung des Christentums (auch in den Gegenwartsdebatten!) als die bloße Betonung universalistischer Lehrelemente. Die Knute des Obrigkeitsstaates rechtfertigte man in vielen theologischen Debatten mit dem Rekurs auf die Erbsündendoktrin.

Aufgrund der unspezifisch-unscharfen Erscheinungsformen des Christentums bezüglich der Welt und allen ihren Aspekten, auch den politischen, existieren liberale¹⁷, konservative¹⁸ und sozialistische¹⁹ Interpretationen. Die Zuordnung von Glauben und Politik war seit jeher schwierig und ist seit dem Untergang der Monarchie in vielen Staaten der Welt, besonders in Europa, nicht leichter geworden. Diese Problematik zeigt sich auch in den Debatten der unmittelbaren Gegenwart.

Die deutliche Mehrheit der Amtsträger der katholischen wie evangelischen Kirche erklärt unmissverständlich, dass es keine Unterstützung sogenannter populistischer oder rechter Strömungen (beides wird häufig synonym

verwendet) geben dürfe. Der Mainstream der katholischen Publizistik sekundiert dieser Ansicht. Manchmal wird vorsichtig eingeräumt, dass die Fronten nicht so klar seien, wie es *prima vista* erscheine.²⁰ Man verweist (neben anderen Argumenten) auf die demoskopisch belegbare Tatsache, dass es Donald Trump im US-Präsidentenamt nicht gäbe, hätte er nicht unter den evangelikalen und katholischen Christen viele Wähler gehabt. Die Notwendigkeit einer Differenzierung liegt schon deshalb auf der Hand, weil liberale und linke Eliten ein anderes Gesellschaftsbild verfolgen, unter anderem meist ein ganz anderes Bild von Ehe und Familie präferieren, als es der herkömmlichen Sicht von protestantischen und katholischen Christen entspricht. Andere Streitpunkte, die bis heute existieren, betreffen den Schutz des ungeborenen Lebens, aber auch die Schöpfungsordnung, die geschlechtliche Binarität einschließt. Zeitgeistkonforme Modernisten aus beiden Konfessionen unterstützen heute sogar die „Ehe für alle“ und Gender-Mainstreaming.²¹ Mit der kirchlichen Lehrverkündigung hat eine solche Einbeziehung natürlich nichts zu tun, eher mit einer willkürlichen Interpretation der überlieferten Botschaft und einer Geringschätzung der menschlichen Natur.

Eine umfangreichere, ausgewogene Darstellung über das Verhältnis von Christentum und Populismus bleibt ein Desiderat der Forschung. Eine solche Monografie müsste auch Veränderungen der Sichtweise über das Volk in beiden Kirchen berücksichtigen. Im katholischen Raum gab es bereits vor über einem halben Jahrhundert entscheidende Umbrüche: War Kirche im Grunde genommen vor dieser Zäsur stark elitär und in wichtigen Fragen primär oder ausschließlich auf den Klerus bezogen, kann man seither Neuorientierungen auf allen Ebenen beobachten. Der Gedanke des „Volkes Gottes“ wurde in der

Theologie bereits vor dem Zweiten Vaticanum mitunter reflektiert²²; infolge des Zweiten Vaticanums bekam er einen neuen Stellenwert, der sich seinerseits wiederum theologisch niedergeschlagen hat²³. In linkskatholischen Aufbrüchen und Kreisen, etwa in Südamerika, erhielt er schnell eine politisch-progressive Ausrichtung. In den letzten Jahren ist man gegenüber dieser anscheinend demokratisierend wirkenden Redeweise wieder etwas kritischer geworden.²⁴ Ein wichtiger Grund liegt in dem seit 1945 nicht mehr unproblematischen Verhältnis zwischen dem Alten und dem Neuen Volk Gottes (vor allem im Hinblick auf die Ablösung Israels durch die Kirche).

Sieht man von politischen Streitthemen im Einzelfall einmal ab, ist die Einordnung zwischen dem realen Christentum und sogenannten „Populisten“ auch aus einem anderen Grund nicht einfach. Die liberalen, längst global organisierten Eliten – nennen wir exemplarisch Angela Merkel, George Soros, Emmanuel Macron und Hillary Clinton – propagieren trotz aller unterschiedlichen Vorstellungen letztlich eine Agenda, die man vereinfacht als „Neue Weltordnung“ bezeichnen kann. Deren Eckpfeiler sind ein multilaterales Handelsnetzwerk, länderübergreifende politische Eingriffe und schrankenlose Migration. Dieser Gedanke von der „Einen Welt“, der wichtige Vorläufer in Freimaurertraktaten der Zeit der Aufklärung und noch danach erkennen lässt, ist vom katholischen Lehramt mehrfach verurteilt worden – und das mit Recht, wird doch auf diese Weise der Auftrag zur Bekehrung der ganzen Welt für rein profane Aktionen instrumentalisiert. Gerade deshalb ist es irritierend, wenn Papst Franziskus den Eindruck erweckt, er mache sich den vom „Wall Street Journal“ verliehenen Titel „Führer der globalen Linken“ zu eigen.²⁵ Protestiert hat er dagegen nicht; jedenfalls drang nichts davon an die Öffentlichkeit.

Zum globalistischen Habitus des gegenwärtigen Oberhauptes der katholischen Kirche gehört auch das Verfassen von gemeinsamen, stark relativierenden Erklärungen, wie 2019 in Abu Dhabi mit dem Kairoer Großimam geschehen.²⁶ Dazu passt sein warmherziger Empfang der schwedischen Schulverweigerin Greta Thunberg, die von mächtigen, global operierenden Organisationen wie der radikalen Umweltgruppierung „Extinction Rebellion“ instrumentalisiert wird. Zur Debatte um den menschlichen Anteil am Klimawandel, dessen Bekämpfung spätestens seit der Gründung der UN-Unterabteilung IPCC als Teil einer weltumspannenden Agenda gilt, können pseudoprophetische Halbwüchsige jedoch nichts beitragen.²⁷ Weiter werden Franziskus nicht zu Unrecht Vorlieben für die Auflösung von Nationen und Ethnien nachgesagt. Dessen ungeachtet führt historisch gesehen kein Weg von der katholischen Glaubenslehre zum liberalistisch-individualistischen Gedankengut der weltweit einflussreichen Eliten. An dieser Kluft ändert auch die Tatsache nichts, dass einige höhere Kirchenführer sich dem Establishment zugehörig fühlen. Wer die katholische Lehrverkündigung über die Jahrhunderte auch nur oberflächlich kennt, weiß um ihre Liberalismuskritische Ausrichtung.

Nur am Rande zu erwähnen ist, dass Visionäre durchaus schon vor längerer Zeit den Schulterschluss des katholischen Kirchenoberhauptes mit EU-Kommissaren und Nichtregierungsorganisationen prophezeit haben. Zu erinnern ist an den im Original Mitte der 1990er-Jahre auf den Markt gekommenen, leider zu wenig rezipierten Roman „Der letzte Papst“ von Malachi Martin SJ (1921-1999).²⁸ Der Autor, ein Geistlicher und zeitweiliges Mitglied der Gesellschaft Jesu, beschreibt eine kriminelle Kardinalsclique, die am Stuhl des amtierenden Nachfolgers

Petri (Papst Johannes Paul II.) sägt. Schließlich tritt das Kirchenoberhaupt zurück. Das Ziel dieser verweltlichten Kurienmitglieder, die überlieferte Glaubenslehre zu einem humanitären Weltethos umzufunktionieren, ist in der Erzählung offenkundig. Heute kann man einiges von diesem fiktionalen Szenario in der Realität wahrnehmen.

Man mag mit Recht einwenden, dass die (wenigstens lehramtliche) Kluft von Kirche und Moderne lange zurückliegt. Das Zweite Vatikanum war sichtlich um die Zuschüttung wenigstens der ärgsten Gräben bemüht. Heute sind selbst die meisten höheren Amtsträger – für den weitaus größten Teil der Laien gilt der Konformismus ohnehin – um starke Anpassung bemüht, ungeachtet des Ratschlages des heiligen Apostels Paulus: „Nolite confirmari huic saeculo.“

Gibt es Affinitäten zu den sogenannten Populisten in einigen Staaten Osteuropas? Hier stellen „Populisten“ nicht eine Minderheit dar, sondern sogar die Mehrheit. Jedenfalls regieren sie. Natürlich gibt es keine zwingenden Korrelationen von christlichen Traditionen und den politischen Vorstellungen der Regierungen in Budapest und Warschau. Eine solche Annahme wäre wohl in der Tat eine unzulässige Vereinnahmung religiöser Gedanken zugunsten politischer Zwecke.

In Erinnerung zu rufen ist, dass Viktor Orbán in einem ideengeschichtlichen Exkurs seiner viel beachteten Rede vor jungen Ungarn in Rumänien am 26. Juli 2014 eine „illiberale Demokratie“ der liberalen gegenüberstellte.²⁹ Konkret thematisierte er die tendenzielle Entmachtung des politischen Souveräns, des Volkes, in der liberalistischen Auslegung der Demokratie. Diese Variante offenbare Affinitäten zur Herrschaft mächtiger globaler Konzerne, Organisationen und deren Interessenvertretern in verschiedenen Regierungen. Besonders registrierte er die

Einflüsse des „Open.Society“-Börsenspekulanten George Soros, der vor Interventionsversuchen in seinem Herkunftsland nicht zurückschrecke. Orbáns Vorwurf an die Repräsentanten der liberalen Demokratie lautete, wohl zugespitzt, aber im Kern zustimmungsfähig: Sie überhöhten ihr System und trügen die damit verbundenen prioritären Freiheitsrechte gleich einer Monstranz vor sich her, könnten diese aber immer weniger garantieren. Grund hierfür sei zuvörderst die Akzeptanz der Masseneinwanderung durch die dominanten Eliten. Die Schlussfolgerung angesichts dieser Lagebeurteilung lautete: „Die liberale Demokratie“, so Orbán, sei „nicht mehr in der Lage, die Würde der Menschen zu schützen, Freiheit zu schaffen, die körperliche Unversehrtheit zu gewährleisten bzw. die christliche Kultur aufrechtzuerhalten.“ Auch an anderer Stelle hat er seine Aversionen gegen eine rein liberale Ausdeutung der Demokratie ausgedrückt, so in der Ansprache zur Lage der Nation am 19. Februar 2018 in Budapest: „Sie wollen, dass wir [...] die Politik übernehmen, die aus ihren eigenen Ländern Einwanderungsländer gemacht und dem Niedergang der christlichen Kultur und der Expansion des Islam den Weg geebnet hat. Sie wollen auch, dass wir [...] Länder mit gemischter Bevölkerung werden.“ Der wahre Europäer „verteidigt solche veralteten, mittelalterlichen Konzepte wie Heimat und Region nicht“³⁰, so der Ministerpräsident, womit er den Standpunkt seiner Opponenten süffisant wiedergab. Diese beiden Schlüsselzitate liefern die Begründung dafür, warum er die Grundausrichtung der liberalen Demokratie im Widerspruch zu jener Spielart sieht, die er „christliche Demokratie“ nennt. Letztere korreliert Orbán zufolge in zentralen Punkten mit der „illiberalen Demokratie“. Natürlich ragen in den Reden Orbáns existenziell politische

Akzente heraus; er will keine ideengeschichtlichen Traktate vorlegen. Dennoch lohnt ein Blick auf geistesgeschichtliche Traditionslinien, die durchaus für die praktische Politik relevant sein können.

Doch nicht nur in Reden führender Mitglieder der jetzigen ungarischen Regierung finden wir entsprechende Akzente. Schon die ungarische Verfassung von 2011 gibt die neue Grundausrichtung vor. In der Präambel heißt es: „Gott segne die Ungarn!“ Anhänger der linksliberalen Eliten, besonders in den Medien, schienen beim Blick auf dieses Gesetzeswerk wie vom Blitz getroffen. Im britischen „Guardian“ stellte ein Journalist fest, die Verfassung atme christlichen Geist und stelle einen neuen Wertekanon auf:³¹ Familie, Nation, Treue, Glaube und Liebe stünden im Fokus. Familie und Nation würden als Fundamente des Zusammenlebens begriffen. Besonders stieß den Linksliberalen in Europa das Bekenntnis zum „heranwachsenden Leben“ auf, das „ab dem Zeitpunkt der Empfängnis zu schützen“ sei, weiter das Verständnis von Ehe als Verbindung von Mann und Frau. Hier zeigt sich ein offiziell abgesegneter und partiell ins Recht transformierter Wertekatalog, dessen Inhalte man in Mittel- und Westeuropa nicht selten mit der Gesinnung „rechter Christen“ identifiziert.

Weitere Überlegungen zu Orbáns oben erwähnten Ausführungen finden sich in seiner politischen Umgebung. So verwies György Schöpflin, zeitweise Mitglied im EU-Parlament und aktiv in der Regierungspartei Fidesz, auf einige kulturelle Bruchlinien in der EU.³² Östliche Länder wie Ungarn seien lange Zeit Teile von Großimperien gewesen, welche die Modernisierung von Staat und Gesellschaft nicht selten unterdrückt hätten. Nach dem Niedergang dieser Mächte hätten autoritäre Lösungen oft als unvermeidlich gegolten. Diese kamen sowohl von

nationalistischer Seite – das Regime des Reichsverwesers Miklós Horthy war eine Zeit lang mit dem Nationalsozialismus verbunden – wie auch von kommunistischer. Solche Formen von Kolonialisierung durch fremde Mächte, die bis 1989 das Schicksal Ungarns bestimmten, hinterließen Spuren im Geschichtsgedächtnis dieser Nation. Viele Bewohner haben noch die Unterdrückung erlebt oder kennen sie zumindest vom Hörensagen. Sie sind durchaus sensibel für die Gefahren äußerer Oktrois. Heute werden diese stark mit „Brüssel“ identifiziert. Jedenfalls blieb Ethnizität ein zentraler Anknüpfungspunkt zur Bewahrung der eigenen Identität.

Besonders auch in Polen ließ sich der ethnische Faktor nicht von religiösen Hintergründen trennen. Widerstände gegen die kolonialisierende Dimension der liberalen Demokratie sind auch in der katholischkonservativen Publizistik dieses Landes immer wieder Thema. Einer ihrer führenden Vertreter, der Krakauer Philosoph Ryszard Legutko, einige Jahre Abgeordneter im EU-Parlament, konstatiert in seinem Buch „Der Dämon der Demokratie“ einen totalitären Grundzug im realen westlichen Liberalismus der unmittelbaren Gegenwart.³³ Legutko umschreibt die „erstickende Zudringlichkeit“ in diesem Modell folgendermaßen: Jede scheinbar siegreiche politische Formation, die sich am „Ende der Geschichte“ (Fukuyama) wähnt, neige zu Arroganz und Verabsolutierung. Legutko erwähnt den ersichtlichen Willen, Ehe, Familie, Gemeinschaftsleben, Sprache und Sexualität zu regulieren. Als Stichworte hierzu seien lediglich Gender-Mainstreaming und der Hang zur politischen Korrektheit angeführt. Auffallend sei der jakobinische Gleichheitsfuror, der alle Teile der Gesellschaft durchdringe. Weiter stellt Legutko völlig zu Recht fest, dass in etlichen EU-Staaten eine Inflation von

Ansprüchen zu beobachten sei. Ihnen stünden jedoch keinerlei (oder kaum) Verpflichtungen gegenüber. Dieser Trend könne das Gemeinwesen nur schädigen.

Wesentlicher Hintergrund der von Orbán vorgenommenen Zuordnung, die das linke und liberale Establishment zutiefst verstört, ist der indirekte Bezug auf das abendländische Geschichtsgedächtnis. In Ungarn ist dieser Grundzug aufgrund der geschichtlichen Erfahrung des Landes und der vergleichsweise größeren Bedeutung dessen, was man „Kollektividentität“ nennen könnte³⁴, deutlich stärker gegenwärtig als in anderen Teilen der EU. Ein nicht geringer Teil abendländischer Identität liegt in ihrer abgrenzenden Natur vor allem gegen islamistische Invasoren; herausragenden Stellenwert besitzen daher Orte wie Tours und Portiers, Lepanto oder Wien. Im Zeitalter verstärkter weltweiter Kulturkämpfe ist eine solche Diagnose nicht überraschend. Freilich findet sie in der Publizistik und im wissenschaftlichen Schrifttum hierzulande vergleichsweise wenige Befürworter, anders als Großunternehmen, welche die Weltlage eher verharmlosen, wie das im Freimaurergedankengut wurzelnde „Projekt Weltethos“³⁵, das vor über einem Vierteljahrhundert von dem Tübinger Theologen Hans Küng initiiert worden ist und inzwischen viele Folgebände hervorgebracht hat³⁶.

Abseits dieses Hauptstromes gibt und gab es durchaus nicht nur humanitär verbräunte Ignoranz. Statt anderer alternativer Traditionslinien ist kurz auf diejenige einzugehen, die von Carl Schmitt zu Robert Spaemann und weiter zur Identitären Bewegung führt³⁷, deren Aktivismus durchaus kritikwürdig ist, deren Gedankengut aber nichtsdestotrotz eine gerechte Würdigung verdient³⁸. Diese Richtung, so heterogen sie anmutet, unterscheidet die ethischen Impulse, die zum Wesen des Glaubens gehören,

etwa die Nächstenliebe, von den Inhalten des Glaubens. Diese beiden Dimensionen klafften im Laufe der Kirchengeschichte immer wieder einmal auseinander, was heute oft in kirchenkritischer Absicht reflektiert wird. Gegenwärtig sieht es so aus, als sei die ethische Dimension übermächtig. Dieser Augenschein rührt daher, dass das Christentum besonders in den wohlhabenderen Staaten des Westens längst keine „heiße Religion“ (Rüdiger Safranski) mehr darstellt. Religion prägt in den meisten Fällen den Alltag auch der nominellen Christen nicht mehr. Bereits bedeutende Kulturkritiker des 19. Jahrhunderts wie Dostojewski haben hervorgehoben, dass der Glaube erst dann relevant werde, wenn er grenzziehend wirke. Davon ist in unseren Breiten wenig zu spüren. Das geistig-kulturelle Vakuum ist unübersehbar und bestimmt weithin den Alltag.³⁹ Bei vielen Muslimen kann man hingegen andere Beobachtungen machen.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Die Positionierung von Glauben und Christentum in den Gegenwartsdebatten ist aufgrund der Veränderungen der letzten Jahre nicht so einfach, wie es bei der Rezeption durch die deutschsprachige Publizistik den Anschein hat. Vernimmt man den kirchenamtlichen Hauptstrom beider Konfessionen, so sind die Relationen klar: Rechte Phänomene lassen sich demnach mit christlichen Lehrmeinungen wie auch mit christlicher Ethik nicht vereinbaren. Konkret gelten demnach AfD, „Pegida“ und Identitäre Bewegung als pauschal widerchristlich. Doch bei genauerem Hinsehen sind nicht nur einzelne Forderungen dieser Gruppierungen mit diversen Aussagen des kirchlichen Lehramtes zu verbinden. Weiter ist festzustellen, dass höhere kirchliche Amtsträger in östlichen Ländern Europas vieles von dem verlautbaren lassen, was hierzulande in den Geruch eines

perhorreszierten „rechten Christentums“ kommt. Der Widerstand gegen die zunehmende Islamisierung ist dabei nur eine wichtige Forderung.

Da der 2018 erschienene Sammelband „Rechtes Christentum?“⁴⁰, der bereits bei seiner Vorstellung auf der Frankfurter Buchmesse im Herbst des Jahres Aufsehen erregte, einige Facetten dieser Strömung hervorkehrt, möchte der hiermit vorliegende Folgeband weitere Themenfelder präsentieren. Die Bezeichnung „rechtes Christentum“ berührt schon begrifflich zwei Dimensionen des Glaubens: die des rechten Bekenntnisses im Sinne der Orthodoxie und die der Verbindung mit politisch konservativen sowie nationalen Erscheinungen, soweit sie innerhalb des christlichen Credo zu verorten sind. Die Linksverschiebung beider Kirchen, vor allem von deren Leitungen, wird als grundsätzliches Problem gesehen. Denn sie ist natürlich nicht die einzig mögliche politische Auslegung des überlieferten Glaubensgutes. Es gibt auch andere legitime politische Implikationen.

Wie beim Vorgängerband möge der Leser auch hier keine „rote Linie“, kein Mosaik, keinerlei einheitliches Bild erwarten. Wir präsentieren eine Vielfalt an Stimmen, die keine „Schule“ und erst recht keine „Front“ vertreten wollen, sondern ein Denken und ernsthaftes Suchen abseits des theologischen und kirchenpolitischen Hauptstroms.

Thomas Wawerka widmet sich einer eingehenden Untersuchung der theologischen Leitbegriffe „Nächstenliebe“ und „Barmherzigkeit“. Er analysiert ihre Verwendung in der aktuellen politischen Diskussion und arbeitet die Unterschiede zu ihrer Verwendung in der christlichen Ethik heraus. Besondere Beachtung erfährt dabei die Methode des moralischen Framings und die Frage, warum sie so effektiv funktioniert. Nach einem